

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.  
Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müldersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,60 Pfg. (ohne  
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettzeile 40 Pfg.

Nummer 12.

Berlin, den 22. März 1908.

9. Jahrgang.

**Kollegen, setzt mit neuen Kräften in die Frühjahrs-Agitation ein;  
betreibt Bauten- und Haus-Agitation!**

## Inhaltsverzeichnis.

**Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.** —  
**Jahresbericht des Bezirks Danzig i. Westpr.** — Rundschau:  
An internationaler Kongress für Arbeiterversicherung. Anerkennung  
gewerkschaftlicher Erfolge. Kommune und Einkommensteuer.  
Antermerterterrorismus. Die Gesetzeskenntnis der Behörden.  
**Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:**  
Humm. Vom-Godesberg. Bezirk Königsberg. Lechhausen.  
Minden. Bezirk Münster. Bezirk Nürnberg. Oberforstbad.  
Bezirk Oberhausen. Dasberg. Danabrid. Ostrij. Bezirk Pader-  
born. Köffel. Wehlau. Weissenburg. Eitenfeld. — **Aus Arbeit-  
gebervereinigungen.** — **Soziale Rechtsprechung.** — **Von den  
Arbeitsstellen.** — **Literarisches.** — **Bekanntmachungen.** —  
**Stierbetafel.** — **Anzeigen.**

## Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.

Auch im verfloffenen Jahr war die Tätigkeit des Ausschusses  
des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften eine viel-  
gestaltige, so sagt der in Nr. 4 des Zentralblattes erschienene  
Jahresbericht desselben. Das ist ohne Zweifel richtig, und nur  
der versteht diese Tätigkeit richtig zu würdigen, der näher  
in das Getriebe des Ausschusses hineinzusehen Gelegenheit hat.  
Aussenberlei Anforderungen machen sich geltend, es muß den  
einen und anderen Umständen Rechnung getragen werden. Es  
ist nicht immer leicht sofort das Richtige herauszufinden.  
Mit dem äußeren Wachstum der christlichen Gewerkschaften  
werden auch die inneren Aufgaben immer größer. Das erfordert  
die Beachtung des Ausschusses. Um den starken Ansprüchen ge-  
recht zu werden, mußten in fast den meisten christlichen Gewerks-  
chaften die Beiträge erhöht und die Zahl der im Hauptberuf  
tätigen Gewerkschaftsbeamten bedeutend vermehrt werden. Die  
Anforderungen an die Ausschüsse sind in zweifelsprechender Weise aus-  
gebaut und auf der Höhe zu halten, war der Ausschuss bestrebt,  
durch Auserwählung zweifelsprechender Kurie den sich geltend  
machenden Bedürfnissen abzuhelfen.

Die Zahl der Streiks und Ausperrungen waren im Jahre  
1907 weniger umfangreich. Trotzdem war das Jahr für die  
christlichen Gewerkschaften ein sehr bewegtes. Die hochgehenden  
Bogen der Reichstagswahlen schufen weitgehende politische und  
auch konfessionelle Weichenstellungen, für eine interkonfessionelle  
und parteipolitisch neutral sein wollende Organisation nicht ohne  
große Gefahren. Die Auflösung des Reichstags kam zu uner-  
wartet, und war es infolgedessen dem Ausschuss unmöglich, in  
den einzelnen Bezirken, die mit ihren Verhältnissen gegenseitig  
sich voneinander abweichend, allgemeine Richtlinien geben zu  
können. Wohl erließ der Vorstand des Gesamtverbandes, so sagt  
der Bericht, frühzeitig einen Aufruf, daß sich wieder die Ge-  
werkschaftspressen in den Dienst bestimmter Parteien stellen, noch  
in Versammlungen parteipolitische Propaganda gebildet wer-  
den dürfe; diese Forderung wurde, von einzelnen Entgleisungen  
abgesehen, auch allenthalben befolgt. In manchen Bezirken  
setzten sich jedoch Angestellte der christlichen Gewerkschaften partei-  
politisch stärker engagieren, als dieses im Interesse der christ-  
lichen Gewerkschaften hätte geschehen dürfen. Dort wurden in  
Balkampfen und nachträglich noch in der Tagespresse christliche  
Gewerkschaften und politische Parteien zusammengezwungen, und  
es bedurfte nicht geringer Arbeit zur Wiederherstellung eines  
zutreffenden Zusammenwirkens in der christlichen Gewerkschafts-  
bewegung, das nunmehr allerdings erfreulicherweise wieder auf  
der ganzen Linie festgestellt werden kann. Bei zukünftigen Wahl-  
kämpfen empfiehlt es sich, daß die christlichen Gewerkschafts-  
funktionäre, die selbstverständlich nicht zu Staatsbürgern zwei-  
ter Klasse degradiert werden dürfen, sich im Interesse unserer Be-  
wegung etwas mehr Zurückhaltung auferlegen. Insbesondere  
sollen sie möglichst nicht in von mehreren bürgerlichen Parteien  
christlich umworbene Bezirke als Wahlkandidaten fungieren.  
Dafür sind zweifellos auch noch Leute zu finden, deren Kan-  
didatur weniger bedenkliche Annehmlichkeiten zeitigen kann,  
als die eines christlichen Gewerkschaftsfunktionärs für die von ihm  
vertretene Bewegung, der er in erster Linie zu dienen hat.

Auf Grund der veränderten politischen Konstellation glaubten  
die Sirsch-Duncker'schen Gewerksvereine im Trüben  
schwimmen zu können. In der Wästel, sich Eingang in die evange-  
lichen Arbeitervereine zu verschaffen, verdächtigen sie die christ-  
lichen Gewerkschaften in der tendenziösesten Weise als „ultra-  
montane“ und „antinationale“ Organisationen. Aus diesen  
Gründen vornehmlich scheiterte eine von Freiherr v. Berlepsch  
angeregte Aktion, welche bezweckte, die Kampfform zwischen den  
beiden Gewerkschaftsrichtungen zu mildern und ein häufigeres  
Zusammenarbeiten derselben zu ermöglichen.  
Ein durchschlagender Erfolg wurde in dem Kampf gegen den  
Monopolvertrag im Buchdruckgewerbe erzielt. Der § 4 des  
Organisationsvertrages fiel, und damit eine Frage von grund-  
sätzlicher Bedeutung. Es kann den christlichen Gewerkschaften nicht  
merkt sein, ob durch ein Vertretungsmonopol Tausende von  
Arbeitern einer Gewerkschaft ausgeliefert werden sollen. Der  
Gesamtverband im Verein mit dem Guttenbergbund hat hier einen  
Erfolg errungen, dessen Bedeutung erst in späterer Zeit voll  
würdig werden kann.

Stellung nahm der Ausschuss zu dem Entwurf des Reichs-  
preinsgesetzes; als dessen Resultat ging eine Petition dem  
Reichstag zu. Derselbe wendete sich insbesondere gegen den  
§ 7, wonach nur in deutscher Sprache in den Versammlungen ge-

redet werden darf. Die Annahme dieses Paragraphen würde  
die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter bedeutend er-  
schweren.

Die immer brennender sich gestaltende Dienstboten-  
und Landarbeiterfrage beschäftigte mehrfach die Lei-  
tung der christlichen Gewerkschaften. Auf Grund der Eigenheiten  
des Dienstbotenverhältnisses wurde vorläufig von der Gründung  
einer gewerkschaftlichen Organisation hier abgesehen, sie viel-  
mehr den konfessionellen Frauenvereinen überlassen. Selbst-  
verständlich hat sich der Ausschuss den genügenden Einfluß  
gesichert und gilt es nun abzuwarten wie die Sache sich entwickelt.  
Ebenso schwierig ist die Organisationsfrage der Landarbeiter. Die  
verschiedenartigen Verhältnisse stehen hier gegenüber, welche  
durch die Organisationsverbote in einzelnen Ländern noch er-  
schwert werden. „In Bayern hat der Hilfs- und Transport-  
arbeiterverband bereits an mehreren Orten mit der Organisation  
der Landarbeiter eingeseht und für diese verschiedentlich selbst  
schon Tarife abgeschlossen. Die Organisationsfrage der Land-  
arbeiter wird trotz Widerstrebens ländlicher Unternehmertreife  
nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion entschwinden, bis  
auch den Landarbeitern ihr Recht wird.“

Naturngemäß ist es erste Aufgabe der einzelnen Berufs-  
verbände für eine ausgedehnte Agitation und Ausbrei-  
tung ihrer Organisation einzutreten. Wenn trotzdem der Ge-  
samtverband hier mit eingreift, so tut er es aus Gründen,  
die im Interesse der Gesamtheit liegen. Es gibt ausgedehnte Be-  
zirke, wo nur geringe Ansätze der christlichen Gewerkschaften vor-  
handen sind, die aber bei entsprechender Bearbeitung erfolgver-  
sprechend sind. Ist es den einzelnen Verbänden nun nicht möglich  
in solchen Bezirken nachhaltige Agitationsarbeit leisten zu kö-  
nnen, setzt der Gesamtverband ein und leistet die Pionierarbeit.  
Gegenwärtig werden durch ihn vier solcher Bezirkssekretariate  
unterhalten.

Zur Bearbeitung der sächsisch-thüringischen Staaten, sowie  
des nördlichen Deutschland wurden die Sekretariate Erfurt und  
Hamburg neugegründet. Das Westfälische Sekretariat verfiel der  
Auflösung, da es sich infolge der Aufstellung von Beamten ver-  
schieden größerer Verbände überlebt hatte. Die Sekretariate  
entfalten eine richtige Tätigkeit und treten deren Erfolge offen-  
sichtlich in die Erscheinung. Die Mitgliederzahl im Bezirk  
Bayern v. d. Rh. stieg um 8751 und beträgt heute insgesamt  
rund 46 000. Die Mitgliederzahl in Schlesien betrug im Jahre  
1904 1500 in 31 Zahlstellen, dagegen im 1907 7500 in 136  
Zahlstellen. Besonders schwierig sind die Verhältnisse in Schle-  
sien, dem Erfurter und Hamburger Bezirk. Auf den Bericht des  
schlesischen Beamten kommen wir später zurück, da wir dessen  
Wiedergabe im Interesse unserer schlesischen Kollegen halten.  
In Sachsen-Thüringen und im Norden kommt neben der Jugend  
der christlichen Gewerkschaften in diesen Domänen die starke  
Sozialdemokratie in Frage, welche mit rücksichtsloser Brutalität  
die Ausdehnung der christlichen Verbände zu verhindern sucht.  
Es ist eine schwierige Aufgabe für die dort angestellten christ-  
lichen Kollegen, sich durchzusetzen. Infolge der steigenden Ar-  
beitslast auf dem Generalsekretariat in Köln wurde eine weitere  
Kraft in dem Kollegen Breddemann angefüllt.

Organe des Gesamtverbandes sind: das „Zentralblatt“ (Auf-  
lage 9200), „Prähjaciell Robotnikow“ in polnischer Sprache (Auf-  
lage 4500) und „L'italiano in Germania“ in italienischer  
Sprache (Auflage 2500). Das „Zentralblatt“ soll eine weitere  
Ausgestaltung durch Gewinnung weiterer Mitarbeiter die Fragen  
der Volkswirtschaft und Sozialwissenschaft behandeln, erhalten.  
Beim polnischen Organ wird an ein größeres Format gedacht.  
Wicht besonders günstig steht es mit der Organisation der italie-  
nischen Arbeiter, da die Ausweisung des italienischen Sekretärs  
des Gesamtverbandes noch immer ungünstig nachwirkt. — Be-  
merkt sei in diesem Zusammenhang, daß außer den beiden ge-  
nannten fremdsprachlichen Organen noch drei andere bestehen,  
die aber von einem oder mehreren Verbänden gemeinsam unter-  
halten werden. Die Bergarbeiter geben eigens ein polnisches,  
die Textilarbeiter ein französisches und Bauhandwerker und  
Textilarbeiter gemeinsam ein holländisches Organ heraus.

Das Zentralbureau für Arbeitervertretung vor dem Reichs-  
versicherungsamt, welches von Gesamtverbänden unterhalten  
wird, hatte im Berichtsjahre 726 Sachen zu vertreten. Ein di-  
rekter Erfolg wurde in 265 Sachen erzielt, während in 91 wei-  
teren auf nähere Beweiserhebung erkannt wurde. Es ist ge-  
plant, dem Bureau eine weitere Kraft beizugeben, die in der  
Hauptsache der Gesamtbewegung das Material über die Mängel  
der Arbeiterversicherung nutzbar machen soll.

Die Einnahmen des Gesamtverbandes betragen im Berichtsjahre  
104 863,71 Mk.; die Ausgaben 83 589,59 Mk. Unter den Ein-  
nahmen figurieren: Beiträge zum Gesamtverband 49 896,41 Mk.;  
zum Arbeiterkongress 1418,50 Mk.; Buchhandel 19 977,54 Mk. Die  
Einnahmen für die ausgesperrten Maler und Schneider er-  
gaben 19 601,09 Mk. Von den Ausgaben sind zu erwähnen:  
„Zentralblatt“ 11 633,97 Mk. Polnisches Blatt 6946,40 Mk. Italie-  
nisches Blatt 4853,09 Mk. Generalsekretariat 6230,46 Mk. Agi-  
tation (Kosten der Sekretariate) 19 540,79 Mk. Die Buchhandlung  
erforderte Ausgaben in Höhe von 23 162,13 Mk. Bemerkenswert  
hierzu werden, daß ausstehende Forderungen im Betrage von  
2539,72 Mk. vorhanden sind und der Bücherbestand auf einen Wert  
von über 10 000 Mk. angewachsen ist.

## Jahresbericht des Bezirks Danzig i. Westpr.

Das verfloffene Jahr war für den Bezirk Westpreußen an  
wichtigen Ereignissen und Kämpfen reich. Der Umstand, daß  
in der Leitung des Bezirks ein Wechsel vollzogen wurde, trug  
viel dazu bei, wenn nur ein mäßiger Fortschritt zu verzeichnen  
ist. Die beste Vorbedingung für eine erfolgreiche Agitation ist

immer die genaue Kenntnis der örtlichen Verhältnisse. Diese  
bis ins kleinste kennenzulernen, fesselt die Zeit, da die zu füh-  
renden Kämpfe den größten Teil der Zeit beanspruchten.

Die Konjunktur war im allgemeinen in den Orten Zoppot,  
Marienburg, für das Zimmerergewerbe in Neustadt, schlecht.  
Als zufriedenstellend für die Zeit des Sommers und Herbst  
war dieselbe in Danzig, Dießau, Elbing, Pleschin und Lauen-  
burg. Doch ruht jetzt, im Winter, fast alle Bautätigkeit und  
leiden die Bauarbeiter sehr an Arbeitslosigkeit. In den vor-  
hergehenden Jahren bot das schöne Wadestädchen Zoppot infolge  
seiner rapiden Entwicklung für die Bauarbeiterschaft sichere  
Winterarbeit. Diesen Winter ruht die Bautätigkeit fast ganz.  
Infolge der regnerischen Witterung war der Besuch von Wad-  
gestäten viel geringer als in den vorangegangenen Jahren. Es  
blieben daher viele Wohnungen leer. Eine neue Baupolizei-  
vorschrift, welche bedeutend erhöhte Anforderungen für Hof-  
raum und Straßenfront vorsetzt, hat ferner manchem die Bautüte  
verdorben. Der schlechtesten Baufonjunktur ist es daher auch zu-  
zuschreiben, wenn an diesen Orten sich die Zahl der Mitglieder  
anstatt vermehrt, verringert hat. Aus Zoppot sind schon eine  
ganze Reihe Maurer nach arbeitsreicheren Gebieten verzogen.  
Am meisten ist die Verwaltungsstelle Elbing und Dießau zurück-  
gegangen. In Elbing kam es daher, weil beim Abschluß des  
Vertrages der christliche Verband von den Sozialdemokraten  
nicht anerkannt wurde. Die Kollegen verloren dann bis auf  
einen kleinen Teil das Interesse am Verbands. In Dießau  
glaubte ein Teil der Kollegen in dem polnischen Verbands  
ihre wirtschaftliche Lage besser vertreten zu können. Wir hoffen,  
im Laufe dieses Jahres auch diese Orte wieder zu heben. Trotz-  
dem ein kleiner Rückgang in einigen Verwaltungsstellen zu  
verzeichnen ist, ging keine einzige verloren. Es wurden zwölf  
neue Verwaltungsstellen gegründet und damit an Boden ge-  
wonnen. Es wurden neugegründet: Pleschin, Dießau, Ma-  
dau, Schwarming, Mahlin, Frangenan, Lauenburg i. Pommer,  
Sturz, Schönau, Fr. Stargard, Kerlau und Dachauer in  
Danzig. In allen diesen Verwaltungsstellen, mit Ausnahme  
von Dießau, herrscht ein reges Gewerkschaftsleben. Die Zahl  
der Mitglieder in Frangenan hat 60 überschritten. Ein Beweis  
dafür, daß der Vorstand mit den Vertrauensmännern auf dem  
Posten ist. Der Bezirk setzt sich aus 27 Zahlstellen zusammen,  
und sind dieselben, soweit sich die Zentralisation ratfam und  
praktisch durchführen ließ, jetzt in sechs Verwaltungsstellen zu-  
sammengeschlossen.

Der Mitgliederbestand setzt sich wie folgt zusammen:  
Jahr Quartal Mitglieder Zahlstellen Verwaltungsstellen  
1906 I und II 1275 14 7  
1906 III und IV 1298 14 7  
1907 I und II 1203 18 11  
1907 III und IV 1374 27 6  
Außerdem an 4 Orten 6 Einzelmitglieder. In Summa 1380 Mit-  
glieder am 1. Dezember 1908.

Der Mitgliederzuwachs könnte ein noch besserer sein, wenn  
nicht die Agitation auf den Schultern von wenigen Kollegen  
ruhte. Dazu kommt noch, daß viele Kollegen durch kleinliche  
Dinge in Rechtschulden den Bezirksleiter in Anspruch nehmen.  
Andererseits ist auch zu kleinen, schlecht oder zu ungenügender  
Zeit vorbereiteten Versammlungen bestellt, wodurch viel kost-  
bare Zeit verloren geht. In diesen Punkten muß in diesem  
Jahre Veränderung geschaffen werden, wenn agitatorisch mehr  
geschehen soll. Auch in der Kleinagitation hat man es an vielen  
Orten fehlen lassen, mögen daher in diesem Jahre die Mitglieder  
mehr Gewicht darauf legen.

Die Agitation zu fördern und die bestehenden Zahlstellen  
innerlich zu festigen, war der Bezirksleiter in elf Versammlungen,  
sechs Vorstands- und vier Kartellkassierungen in Danzig an-  
wesend.

Was die Kasserverhältnisse betrifft, so muß hier vieles  
besser werden. Die Zahlstellenkassierer müssen darauf dringen,  
daß die Hauskassierer pünktlich jede Woche ihre Mitglieder be-  
suchen und die Wochenbeiträge einkassieren und alsdann min-  
destens alle 14 Tage abrechnen. Wenn in Punkte Hauskassierung  
in diesem Jahre die Vorstände mehr Gewicht auf Pünktlichkeit  
legen, dann wird es nicht mehr vorkommen, daß die Verwaltungs-  
stellenkassierer so unpünktlich mit dem Zentralkassierer abrechnen.  
Es liegt viel an der Erziehung; was in Neustadt bei den Maurern  
und Arbeitern möglich ist, wo kein Mitglied mit den Mitglieder-  
und den Beiträgen im Rückstande ist, das muß auch in  
den anderen Zahlstellen möglich sein.

In Lohnbewegungen war unser Bezirk, wie schon anfangs  
erwähnt, stark beteiligt. In fünf Orten kam es zum Streit,  
und zwar in Pleschin, Dießau, Kreis Danzigerhöhe (in Fraust  
und Gr.-Trampfen), Neustadt (Zementarbeiter) und Zoppot.  
Zusammen mit 878 Mitgliedern. In erstgenannten Orten  
dauerte der Kampf nur kurze Zeit und endete mit Abschluß eines  
Tariffs. Der Kampf in Neustadt, wo 50 Arbeiter der Zement-  
fabrik beteiligt waren, mußte abgebrochen werden, weil die  
Mehrzahl der Arbeiter anderweitig sich Beschäftigung gesucht  
hatten, einige leider sich durch Herrn Schramm beeinflussen  
ließen und wieder zu arbeiten angingen. Der Verband führt  
gegenwärtig noch einen Prozeß mit Herrn Schramm. Derselbe  
zahlte zur Strafe, daß die Arbeiter in den Streit traten, diesen  
den Lohn von 14 Tagen nicht aus. Ferner verkaufte derselbe  
die den Arbeitern gehörigen Feldfrüchte, ohne denselben die  
Kosten der Ausfaat zu entschädigen. Außerdem ließ dieser  
arbeiterfreundliche Herr die Arbeiter mit Hilfe des Gendarm und  
Gerichtsvollziehers aus den Wohnungen werfen, trotzdem bei  
vielen schon die Miete auf sieben Monate im voraus vom  
Lohne in Abzug gebracht worden war. Auch in diesem schweren  
Kampfe hatten wir es zu verzeichnen, daß 16 Mitglieder eines  
sozialdemokratischen Verbandes aus Danzig als Streibrecher  
den geknechteten Arbeitern in den Rücken fielen. Eine Be-  
schränkung am Höchste beim Vorstand in Danzig war erfolglos;

hoch gelang es uns, durch Unterstützung und Reifegeld die Freiheitskämpfer zu befechtigen.

Von der Ansperrung in Zoppot, die mit Abschluß eines Tarifvertrages endete, braucht nichts mehr gesagt zu werden, da in der „Baugewerkschaft“ alles genau geschildert worden ist. Wenn ich darauf zurückkomme, so bin ich durch den Berichterstatter des „Grundstein“ dazu gezwungen, weil dieser anscheinend zu wenig Stoff hatte, seinen Jahresbericht zu füllen. Es ist ein großes Stück Unwahrheit, wenn dieser schreibt, „daß in Zoppot diesmal die Christlichen gemeinsame Sache mit den Genossen machen mußten“.

Ich stelle fest, daß der Kampf in Zoppot von unserem Verbande allein geführt wurde, die Führer der Genossen ließen wir bei den Verhandlungen aus ganz erklärlichen Gründen teilnehmen. — Zum Dank dafür verblieben diese den Streik, indem sie sich um 1 Pf. für Maurer und Zimmerer billiger anboten, als wie es die Christlichen wollten.

Wenn ferner gesagt wird, daß trotz Vereinbarung und Ehrenwort wir hinter dem Rücken der Genossen im Trüben fischen wollten, so muß erwidert werden, daß dies unmöglich war, weil es keine „Kämpfende Genossen“ in Zoppot gab. Uebrigens halte ich alle in Nr. 42 der „Baugewerkschaft“ angeführten Tatsachen, wie die Genossen sich beim Zoppoter Streik benommen, aufrecht, und läßt sich diese Tat durch keine Einzelbäume und Lügen wegwischen.

Küßer der angeführten Orten, wo durch Kämpfe der Lohn der Arbeiterschaft um ein Bedeutendes verbessert werden konnte, stieg derselbe auch durch die in den früheren Jahren abgeschlossenen Verträge. Es erhielten Lohnhöhungen:

Nr.	Ort	Lohnhöhung pro Stunde Pfg.	Arbeitszeitverkürzung Stunde
1.	Danzig (Maurer u. Zimmerer)	3	1
2.	Danzig (Arbeiter)	3	1
3.	Neustadt (Maurer)	8	1
4.	Neustadt (Zimmerer u. Arbeiter)	9	1
5.	Dirschau (Maurer u. Zimmerer)	5	—
6.	Marienburg (Zimmerer)	2-3	1/2
7.	Pelslin	2-3	—
8.	Tiebeschau	2-4	—
9.	Pelstern	2-3	—
10.	Nr. Danzigerhöhe	6-12	1/2
11.	Zoppot (Maurer, Zimm. u. Arb.)	5	—
12.	Elbing	2	—

Fast an allen Orten arbeiten die Kollegen unter tariflichen Bedingungen. Auch werden die festgesetzten Löhne, soweit ich erfahren konnte, seitens der Arbeitgeber immergehalten. Ein Fall ist nur zu verzeichnen, wo erhebliche Abweichungen beim Lohnzahlen seitens eines Arbeitgebers versucht wurden. Herr Brandt in Dirschau versucht jetzt im Winter seinen Maurern 10 Pf. pro Stunde weniger zu zahlen. Durch ein Schreiben des Bezirksleiters wurde er veranlaßt, den zu wenig gezahlten Lohn nachzuschaffen. Bei den davon betroffenen Kollegen waren auch drei vom sozialdemokratischen Verbands, für welche einzutreten wir uns auch verpflichtet halten.

Die Löhne sind in Westpreußen den Verhältnissen nach zu niedrig. Die Wohnungsverhältnisse in Danzig sind schlechte und teure. Auch an vielen anderen Orten des Bezirks herrschen arge Mißstände. In Schöned arbeiten die Kollegen im Sommer noch bis abends 8 Uhr, und wird es Aufgabe der dortigen Arbeiterschaft sein, dies zu bessern. Auch in Lauenburg bestehen noch arge Mißstände. Geregelt Verhältnisse findet man an den Orten, wo die Arbeiterschaft gut organisiert ist. Das Bestreben, auch am öffentlichen Leben teilzunehmen, macht sich mehr und mehr bemerkbar. In Oliba sitzen bereits zwei Mitglieder unseres Verbandes in der Gemeindevertretung; in Zoppot unterlag die Arbeiterschaft bei dem Kampfe, einen Arbeitervertreter ins Stadtparlament zu bekommen. Dies wird ein Ansporn sein, bei der nächsten Gelegenheit das Verzeichnis nachzuholen. In Danzig erzielte die christliche Arbeiterschaft einen Sieg bei der im Januar stattgefundenen Gemeinderatswahl, wo sieben Vertreter gewählt wurden (gegenwärtig sind es acht). Auch herrscht im Kartell, unter der umsichtigen Leitung durch Kollegen Reuser, ein reges Leben. Infolge der fleißigen Agitation der einzelnen Organisationen stieg die Mitgliederzahl im Kartell in Danzig von 558 auf 1600.

Mit der Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer haben auch die Arbeitgeber sich für Westpreußen zu einem Arbeitgeberverbande zusammengeschlossen; doch stehen dieselben dem Tarifgebände nicht direkt feindselig gegenüber, da in den meisten Orten Tarife bestehen; wo dies noch nicht der Fall ist, liegt es an der Interesslosigkeit der Kollegen selbst.

Lokale zu Versammlungen stehen uns an allen Orten zur Verfügung, auch kann der Behörde nirgends ein Vorwurf gemacht werden, daß dieselbe unserer Organisation feindselig gegenüberstehe.

Ueber das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Organisationen braucht hier nicht viel gesagt zu werden. Es genügt, wenn berichtet wird, daß die vielen Terrorismusfälle, welche sozialdemokratisch organisierte an den Christlichen verübten, die Arbeitgeber in einer Versammlung veranlaßten, Stellung dazu zu nehmen und durch eine Resolution, welche in Nr. 52 der „Baugewerkschaft“ veröffentlicht worden ist, dem Uebermut der Genossen einen Dämpfer aufzusetzen. Diese Uneinigkeit, welche unter der Arbeiterschaft dadurch geschaffen wird, ist im Interesse der gesamten Arbeiterschaft zu bedauern. Zwingt man uns den Kampf auf, gut, wir nehmen denselben auf. So kann uns der Rückblick auf das vergangene Jahr mit Genugtuung erfüllen. Für einen großen Teil der Kollegen konnten die Lebensverhältnisse gebessert werden. Unsere Organisation ist trotz aller Kämpfe und Schwierigkeiten weiter erstarkt. Die Parole für alle Kollegen muß sein: Wir müssen weiter kämpfen, um die christliche Organisation auch in Westpreußen so zu befestigen, daß die Gegner mit uns rechnen müssen. Die christliche Weltanschauung, für welche wir eintreten, bildet den festen, unerschütterlichen Boden, in dem die Wurzeln der christlichen Sozialreform schlagen, und von dem aus die Erneuerung der christlichen Grundzüge im Wirtschaftsleben anzustreben ist. Danzig, im Januar 1908.

Heinrich Müller, Bezirksleiter.

### Rundschau.

Ein internationaler Kongreß für Arbeiterversicherung ist von dem römischen Komitee in Verbindung mit dem hiesigen Pariser Ausschuss auf den 12. Oktober nach Rom einberufen worden. Die Fachmänner der einzelnen Länder werden auf demselben über die Fortschritte und Änderungen sowie Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung berichten. Die Berichte sämtlicher Länder sollen dann in einem Generalbericht zusammengefaßt werden. Eine Reihe von Denkschriften werden dem Kongreß vorgelegt werden, welche sich mit folgenden Fragen befassen: Die Aufgabe des Arztes bei der Arbeiterversicherung; die Schaffung eines besonderen Unterrichtsweiges für soziale Medizin; die Ausbildung der Beamten der Arbeiterversicherung; Berichte über den Stand der Frage in den verschiedenen Ländern und Reformvorschlüge; die Krankheit und die Arbeitsunfähigkeit (Invalidität) an und für sich und in ihren gegenseitigen Beziehungen, in Hinsicht sowohl auf die Beschäftigung als auch auf die Versicherung; die Berufsrenten

sowohl in bezug auf ihre Verhütung als auf ihre Versicherung; die Regelung der Mutterchaftsversicherung (Mutterchaftskassen); die Versicherung der Witwen und Waisen (Versicherung in Todesfällen); die Versicherung gegen die unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Eine Aussprache über diese Fragen soll stattfinden. Eine Reihe weiterer Fragen mußten wegen Zeitmangel zurückgelassen werden, jedoch können Mitteilungen darüber an den Ausschuss gerichtet werden. Dieselben betreffen die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungen; die Mißbräuche und das Simulantenium bei den Arbeiterversicherungen; das Verhüten der Unfälle und die Arbeitsinspektion; die Art der Beitragsleistung der staatlichen Anstalten zur Bildung der Alters-, Invaliditäts- oder Witwen- und Waisen-Pensionen (Begünstigungsstufen oder den Einzahlungen entsprechende Beitragsquoten, oder Erhöhung der zur Liquidation gelangenden Pensionen?). Außerdem wird die vom Wiener Kongreß in 1906 beauftragte Kommission, die Regelung einer internationalen Statistik der Unfälle zu studieren, Mitteilung ihrer Tätigkeit machen.

**Anerkennung der gewerkschaftlichen Erfolge aus Schärferkreisen** sind gewiß selten, besonders in der Öffentlichkeit. Aber man kann hierseits auch manchmal etwas ehrlich sein. So führte der Redakteur der „Arbeitgeber-Ztg.“, Herr v. Reiszwig, in einer Geheimstimmung des Verbandes der elektrotechnischen Installateur-Fabrikanten aus:

„Ich möchte hierbei einleuchten, daß ich für meine Person nicht im geringsten gewisse Verdienste der Organisation in Sachen der Föhrung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiterschaft zu leugnen beabsichtige. Ganz gewiß sind die Löhne der Arbeiter weit schneller gestiegen und die Arbeitsbedingungen überhaupt weit einheitlicher geworden, als dieses der Fall gewesen wäre, wenn wir die Koalitionsfreiheit nicht hätten.“

Vor Tisch las man bekanntlich anders. Da waren die Arbeiterorganisationen nur die Hehvereine, die dem Arbeiter keinewegs zum Wohle dienen könnten. Hier wird nun unabweisend gesagt, daß die Arbeiter an der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Arbeiterschaft gearbeitet, und Verdienste erworben haben. Darin liegt das Zeugnis zum Wohle der Allgemeinheit und des Staates beigetragen zu haben. Nicht zuletzt aber auch durch die größere Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen im Interesse der Unternehmer. Trotzdem fehlt aber auch heute noch in den Reihen, die Freiherr v. Reiszwig vertritt, jedes Gegenkommen gegen die Arbeiter.

**Kommune und Einkommensteuer.** Das Stadtverordnetenkollegium der Stadt Oberfeld beauftragte den Oberbürgermeister an den preussischen Landtag eine Eingabe zu richten, wonach das Steuergezet wie folgt abgeändert werden soll:

1. Die Mindestgrenze des staatssteuerfreien Einkommens ist von 900 M auf 1200 M heraufzusetzen.
2. Außergewöhnliche Einnahmen (für Arbeitsleistungen außer der ortsüblichen oder tariflich festgesetzten Arbeitszeit) bis zu einem Einkommen von 2000 M sind außer Ansatz zu lassen.
3. Der abzugsfähige Betrag für jedes gesetzlich unterhaltungspflichtige Familienmitglied ist auf 150 M festzusetzen.
4. Den Gemeinden ist das Recht zu geben, von den Einkommen bis zu 3000 M geringere Zuschläge zu erheben als von den höheren.
5. Das Gemeindesteuerrecht der Beamten, Geistlichen und Lehrer ist vorbehaltlich einer Entschädigung für die davon betroffenen Beamten aufzuheben.

**Unternehmerterrorismus.** Kürzlich wurden sehr bewegliche Klagen über den mangelnden Schutz der Arbeitswilligen im Reichstage geführt. Auch haben eine Reihe von Arbeitgeberorganisationen, darunter der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, beschlossen, hiesige Eingaben an Bundesrat und Reichstag zu machen. Das ist ihr gutes Recht. Verlangen könnte man dann allerdings, daß in den Reihen der Arbeitgeber und deren Verbände selbst jeglicher Terrorismus sowohl gegen Arbeiter, wie auch gegen andere vermieden würde. Wie es jedoch damit aussieht, wurde in kraßester Weise in einer Vorstands- und Ausschußsitzung des Verbandes deutscher Industrieller dargetan, wie wir dem „Hannoverschen Anzeiger“ vom 5. März d. J. entnehmen. Wie in derselben bekanntgegeben wurde, versucht der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe den Ziegeleien einen Vertrag aufzuzwingen, der die Freiheit der Ziegeleibesitzer absolut aufhebt und sie vollständig in die Gewalt genannten Arbeitgeberverbandes bringt. Die Ziegeleien sollen sich zu folgendem verpflichten:

1. Im Falle eines Streiks der Bauhandwerker haben die Ziegeleien auf Anordnung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe sofort alle Lieferungen einzustellen. 2. An Mitglieder des Arbeitgeberverbandes darf auf Abruf weitergeliefert werden. 3. Im Streikfalle darf nicht geliefert oder weitergeliefert werden a) an außerhalb des Arbeitgeberverbandes stehende Bauunternehmer, b) an Privatwirtschaft, Fabrikbesitzer, Landwirte, Rittergüter, Rentämter usw. 4. An die unter 3a und b erwähnten Abnehmer darf im Streikfalle selbst dann nicht geliefert werden, wenn der Ziegeleibesitzer durch Mißschuß oder Vertrag bei konventioneller Vertragspflicht ist, zu liefern. Es bleibt Sache der Ziegelei, sich im vorliegenden Falle mit der Kundschaft auseinanderzusetzen. 5. Vom Abschluß des Vertrages ab sollen die Ziegeleien jährlich festgesetzt und dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. 6. Den Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes müssen die Ziegel um 2 M für 1000 Ziegel billiger verkauft werden, als allen übrigen Abnehmern.

Daß die Ziegeleien sich gegen derartig unerhörte Forderungen wehren, ist zu begreifen, ob mit Erfolg, bleibt dahingestellt. Was aber sagt Herr Pauli (Potsdam) zu dieser Frage? Es wäre mindestens interessant zu erfahren, ob er dieses genau so verurteilt, wie er das gegenüber dem angeblichen Terrorismus gegen Arbeitswillige, die vielfach nicht die lautersten Elemente sind, tut. Mancher sieht wohl den Spalter im Auge des Nächsten, nicht aber den Balken im eigenen Auge. Und das ist nur der Terrorismus gegen Gleichgestellte, wie sieht es aber dem gegenüber den Arbeitern aus. Die Unternehmer hätten alle Ursache, sich mit einem mea culpa an die Draht zu schlagen.

**Die Gesetzesentwürfe der Behörden** wird an einem traffen Fall durch den „Versicherungsboden“ beleuchtet. Der Sachverhalt ist folgender:

Ein Arbeiter hatte sich durch einen Fall eine Wunde zugezogen, die ihn auf längere Zeit arbeitsunfähig machte. Da er nur vorübergehend beschäftigt war, so hatte er keinen Unterhaltungsanspruch gegen eine Krankenkasse. In seiner Not wandte er sich nun an seinen letzten Arbeitgeber und bat um eine kleine Unterstützung. Weber er, noch der Arbeitgeber, noch das Kontorpersonal hatten eine Ahnung davon, daß ihm auf Grund des § 12 Abs. 2 des Gewerbeunfallversicherungsgezetes ein Rechtsanspruch auf Krankenunterstützung gegen den Arbeitgeber zustehe. Der letztere erkrankte vielmehr Angeige wegen Bettelns. Da Rechtsanwalt und Amtsrichter von der Bestimmung des obigen Paragraphen anscheinend noch nichts wußten, so wurde der Arbeiter zu einer Haftstrafe von 14 Tagen wegen Bettelns verurteilt. Ein hiesiger Beamter, dem er den ganzen Kaffeeband

erzählte, nahm sich seiner an. Er machte für den Arbeiter Eingabe an das Amtsgericht, die auch zur Freisprechung Beurteilten führte. Gleichzeitig benachrichtigte der Beamte Armenverwaltung, die dem Arbeiter sofort eine Unterzukunftommen ließ und den Arbeitgeber dazu anhielt, daß Armenunterstützung zurückerrückte und dem verletzten Arbeiter den Rest der ihm gesetzlich zustehenden Krankenunterstützung zahlte.

Am 14 Tage Gefängnis — wegen Unkenntnis des Gesetzes bei fünf Personen, die als Nachbeteiligte oder amtlich in Sache befaßt waren. Ein Unbeteiligter, der sich außerhalb aus freien Stücken des Mannes annahm und auf die Klarstellung Rechtssache hinwies, gab endlich dem sehr ungläubigen der Sache die richtige Wendung. Ist da die Forderung nicht die Behörden mehr wie bisher mit den Bestimmungen initalen Gesetzgebung befaßt sollen, nicht durchaus berechtigt.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Zug fernhalten: Weissenburg i. G., Aussperrung (Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Bochum (Sperrung übermann Wingenfeld), Gelpert ist das Baugeschäft Herr in Bischofsheim, Ostpr., Essen a. d. Ruhr. (Dach Wegen Nichtannahme des Tarifs wurde im Einverständnis der Schlichtungskommission über die Firma Wilhelm Esperre verhängt. Essen, Ruhr (Stukkateure) Sperrung über Zwischenmeister Helmerich (St. Andreaskirche) in Küttgen Zug nach dem Steinbetriebe Neue Walheimer Kattlpeidelsberg (Gipser), Saarbrücken (Gipser) ist fernzubaltem

#### Bezirk Mitteldeutschland.

Zwischen den Vertretern der Freien und Gewerkschaftlichen einigung der Bauunternehmer des Kreises Altentrichen und gegend“ und unserer Lohnkommission fanden am Freitag 28. Februar, in Wehdorf Verhandlungen statt. Die Unternehmer lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit, sowie Erhöhung des Stundenlohnes ab. Unter diesen Umständen eine Einigung nicht möglich, und beantragten die Unternehmer die Unternehmung der Verhandlungen Ende März aufzunehmen werden. — Die Arbeitgeber des Unternehmerrates haben auf unsere Lohnforderungen hin die Löhne welche sie in Zukunft bezahlen wollen, mitgeteilt. In 37 Orten sollen 36 Pf. Stundenlohn gezahlt werden, nur in 2 Pf. Ein Angebot, das den Unternehmern nichts kostet, Löhne in dieser Höhe längst bestanden haben. Unser Antrag sollte eine mündliche Unterhandlung stattfinden, hat Versammlung der Unternehmer am 23. Februar abgelehnt, zwischen hat eine Aussprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes stattgefunden, und sollen in nächster Zeit handlungen stattfinden.

#### Bezirk Köln.

Walheim, 10. März. Der Abwehrstreik seitens der Kollegen in dem Steinbruch- und Kalkwerkbetriebe der Walheimer Kalkwerke besteht schon seit dem 28. Januar und wird mit erbitterter Energie geführt. Den Kollegen seitens der Firma ein Lohnabzug von 30-50 Pf. täglich gebroht. Obwohl ein Tarif bestand, welcher im vergang. Jahre durch eine Ehrenerklärung des Herrn Direktors im Markt des Herrn Bürgermeisters erneuert wurde und bis 1. d. J. Geltung hatte, ging die Firma mit der Lohnreduzierung vor. Dieses muß als ein Tarifbruch angesehen werden. Kollegen riefen den Herrn Bürgermeister zur Vermittlung um die Firma zu veranlassen, die Lohnreduzierung zurückzunehmen, aber ohne Erfolg. Die Firma verharzte auf dem Standpunkt. Eine Versammlung der Belegschaft beauftragte Vertreter unseres Verbandes, mit dem Ausschuss nochmals festlich zu werden. Die Firma ließ sich nicht bewegen, wollte die Machtprobe. Die Firma versucht jetzt, ausländische Arbeiter durch Agenten und vorgegebene Unternehmer heranzuziehen. Bis jetzt ist sämtlicher Zugang reich abgeschlagen worden. Eine große Kolonne Italiener welche ein Unternehmer Dal H angezogen hatte und dem Zuge nach Walheim transportierte, wurde durch die Solidarität unserer Kollegen abgewehrt, die letzten sind heute der abgereist. Die italienischen Arbeiter wollen sich nicht Streikbrecher gebrauchen lassen. Trotz fortwährender Almosen in italienischen und auch deutschen Zeitungen ist es bis nicht gelungen, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Bis einige Dorarbeiter, welche keine Solidarität zu üben glanz liegt alles still. Ein Unternehmer, Holzhausen aus Dor hat sich auch bemüht, einige Streikbrecher anzuwerben, arbeitet selbst mit. Einer, dem der Boden zu heiß war hat schon Walet gesagt; hoffentlich folgen die anderen der besseren Einsicht. Wenn unsere Kollegen alle auf Kosten sind und ihre ganze Kraft einsetzen, ist der Sieg un- Es handelt sich um unsere Existenz. Hieraus aber ist für anderen Berufe zu erwarten, daß, selbst wenn Tarife bestanden eine feste Organisation stets da sein und stets gerüstet muß. An alle unsere Kollegen, besonders die Steinarbeiter in allen Gauen richten wir die Bitte, nach Walheim jeh Zug fernhalten zu helfen.

#### Bezirk Münster.

North. Obwohl unsere Bewegung erst seit einigen Monaten in unserem Orte Fuß gefaßt hat, können wir doch schon einem ansehnlichen Erfolg berichten. Es gelang uns, mit hiesigen Unternehmern einen Vertrag abzuschließen, welcher gute Verbesserungen bringt. Die Arbeitszeit wurde auf Stunden festgesetzt, der Lohn steigt um 4 Pf. pro Stunde. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten, sowie schmutzige und auswärtige Arbeiten wird eine Zulage gezahlt. Der tag läuft bis zum 31. März 1909. Mögen unsere Kollegen auch treu an der Organisation festhalten, dann werden wir auch weitere Erfolge erzielen.

Haren a. Snd. Zweck Neuregelung des am 31. d. ablaufenden Tarifvertrages reichten wir unseren hiesigen Arbeitgeber einen neuen Vertragsentwurf ein. In den handlungen kam es auch zu einer Einigung. Die Arbeit wird um 1/2 Stunde verkürzt, der Lohn steigt in diesem und nächsten Jahre um 2 und 3 Pf. pro Stunde. Bedeutende Verbesserungen haben wir bei auswärtigen Arbeiten, welche sehr viel ausgeführt werden, erreicht. So wurden für Arbeiter die Grenzen bedeutend enger gezogen, das Logiam besser geregelt, sowie auch für die Wege und Bahnfahrzulagen gewährt. Ueberstunden, Nacht-, Sonntags- und tagarbeiten wurden wieder, wie sonst üblich, geregelt, und ein Zuschlag gezahlt. Bemerken wollen wir noch, daß hiesigen Bauhandwerker zu 99 Prozent organisiert sind; hoffentlich sorgen unsere Kollegen dafür, daß es so bleibt.

Verewinkel. Die hiesige Verwaltungsstelle zählt wohl den jüngsten unseres Bezirkes, trotzdem ist es uns gelungen die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln und zu verbessern. Durch den neu abgeschlossenen Vertrag steigt Lohn am 1. März d. J. von 34 1/2 auf 37 und am 15. d. auf 38 Pf. Die Arbeitszeit war bisher verschieden, es ist die 10 1/2 stündige für die Sommermonate eingeführt. Für Nacht- und Sonntagsarbeiten gibt es 50 Prozent Zulage, für Ueberstunden pro Stunde 5 Pf. Der Vertrag gilt bis 31. März 1909.

Neppen. Hier an der alten Wirkungsstätte des unglücklichen Windthorst scheinen die Arbeitgeber des Baugewerkschaftlichen Sozialverbandes zu bestehen. Im Jahre 1906 (siehe

Wir hier einen Tarifvertrag ab, welcher am 31. März d. J. abläuft. Am 1. Januar künftigen die hiesigen Arbeitgeber diesen Vertrag und überreichen uns den bekannten Muster-Tarif mit noch weiteren Verbesserungen. In einem Begleit-schreiben bemerken die Herren, daß wir den Vertrag unter-schreiben zu müssen hätten. Dieses Vorhaben lehnten unsere Kollegen ab, und schickten wir den Unternehmern einen Gegen-tarif zu, mit dem Bemerkten, daß wir zu Verhandlungen bereit seien. Am 24. Februar ging uns dann folgende Antwort zu:

Lohnkommission der Maurer und Zimmerer zu Meppen.  
Anliegend Ihren Vertragsentwurf hierneben zurückerstattet.  
Gleichzeitig eruchen wir ganz ergebenst, den von uns am 1. Januar d. J. Ihnen mittels Einschreibens überreichten Vertrag in Duplo anerkannt, oder, wenn auch nicht von der Lohnkommission anerkannt, zurücksenden zu wollen, da die Bedenkzeit längst verstrichen.

Die Maurer- und Zimmermeister.  
J. B. gez.: G. Olsen, Vorsitzender.

Die Lohnkommission antwortete darauf folgendes:  
Meppen, 25. Febr. 1908.

An den Verein Meppener Arbeitgeber.  
Unterschiedene bekennen sich im Besitze Ihres gestrigen Schreibens und überreichen Ihnen anbei die gewünschten Verträge zurück. Da Sie uns keinen Termin angegeben haben, begreifen wir Ihre Bemerkung wegen der Bedenkzeit nicht. Wir bemerken nochmals, daß wir zu Verhandlungen bereit sind, und wollen Sie Zeit und Ort angeben, wo und wann dieselben stattfinden sollen.

Godachtungs-voll  
W. Hillemann, H. Brandewien, J. Sievers.

Wie es scheint, haben die Herren Meppener Arbeitgeber recht scharfmacherische Schulen besucht. Wir werden aber mit aller Ruhe der Dinge, die da kommen, entgegengehen.

**Verbandsnachrichten.**

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Maurer.**

**Bochum.** Am 23. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahres-Rassenbericht, 2. Geschäftsbericht, 3. Regelung der Beiträge für das Jahr 1908, 4. Verchiedenes. Zu Punkt 1 erstattete der Kassierer, Koll. Janßen, den Jahres-Rassenbericht, aus dem wir folgendes wiedergeben. Die Einnahme der Zentralkasse betrug im Jahre 1907 im ersten Quartal 1645,50 M., im zweiten Quartal 8150,65 M., im dritten Quartal 10462,80 M., im vierten Quartal 5286,27 M., somit insgesamt 25545,22 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug im ersten Quartal 1400,94 M., im zweiten Quartal 2529,35 M., im dritten Quartal 2358,80 M., im vierten Quartal 1661,73 M., somit Einnahme der Lokalkasse 7950,82 M. Die Gesamt-Einnahme erreicht die Höhe von 33496,04 M. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 49210 Stück, an Extramarken wurden 6344 Stück verkauft. Die Mitgliederbewegung war folgende: aufgenommen wurden 901 Mitglieder, aus anderen Organisationen sind übergetreten 80, davon 78 aus den sozialdemokratischen Verbänden und zwei aus dem polnischen Berufsverein. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des ersten Quartals 943, des zweiten Quartals 1573, des dritten Quartals 1492, des vierten Quartals 891 Mitglieder. Der Mitgliederverlust im ersten und vierten Quartal ist, wie auch den Kollegen bekannt, darauf zurückzuführen, weil fast die Hälfte der Mitglieder sich dann in der Heimat befindet. Im Jahresdurchschnitt waren 1224 zahlende Mitglieder vorhanden, pro Kopf des Mitgliedes sind 40,4 Beitragsmarken und 6,2 Extramarken geflossen. Im Jahres-Geschäftsbericht berichtete der Vorsitzende Koll. Ant. Weise folgendes: Der seit dem Jahre 1904 erriehete Arbeitsnachweis hat im verfloffenen Jahre wieder an Bedeutung gewonnen. An offenen Arbeitsstellen wurden bei uns angemeldet für Maurer 765, Bauhilfsarbeiter 202, Zimmerer 66, Stukkateure 48, Fliesenleger 16 und für Dachbeder 4. Insgesamt somit 1101 offene Stellen. Belegt wurden durch unseren Arbeitsnachweis von Maurern 533, von Bauhilfsarbeitern 119, Zimmerern 43, Stukkateuren 22, Fliesenleger 14 und Dachbeder 4. Zusammen wurden somit 733 Mitglieder in Arbeit gebracht. In punkto Rechtschutz sind für 55 Kollegen Gewerbegerichtsklagen angefertigt worden mit einer Klagesumme von 1362,04 M. Zugunsten unserer Kollegen wurden erledigt 36 Klagen mit 1087,62 M. Ebenfalls wurden annähernd 200 Steuerreklamationen für die Kollegen angefertigt. In einer Kontursache mußte für 40 Mitglieder der ausstehende Lohn in Höhe von 2670,87 M. eingeklagt werden. Sämtliche Mitglieder haben, bis auf einen Kollegen, ihr Geld auf Heller und Pfennig erhalten. In einer anderen Sache erhielten neun Mitglieder, welche vom Verbandsamt königlichen Amtsgericht zu Bochum eingereicht und vertreten wurde, ihren eingeklagten Lohn in Summa von 486,53 M. nebst 4 Prozent Zinsen vom Jahre 1905 ausbezahlt. Ueber einige Arbeitgeber mußte die Sperre verhängt werden, weil am Samstag der verdiente Lohn den Kollegen nicht ausbezahlt wurde. Bei allen Sperrern war der Erfolg auf Seiten unserer Kollegen. Zu Punkt drei der Tagesordnung wurde beschloffen, den Lokaltagsrat von 5 Pf. pro Woche auf 10 Pf. zu erhöhen. Nachdem alsdann der Vor-sitzende auf die Erfolge bei den sozialen Wahlen im verfloffenen Jahre hingewiesen hatte, und die Kollegen zu neuer eifriger Arbeit aufgefordert hatte, fand die Versammlung ihr Ende.

**Bonn-Godesberg, den 1. März 1908. (S a h r e s b e r i c h t.)**

Am 1. März fand unsere Verwaltungsstellenversammlung statt. Außer den Delegierten waren auch die Kassierer der Zahlstellen ein-geladen, und zwar zu dem Zweck, eine geregelte und einheitliche Rassenführung in den Zahlstellen herbeizuführen. Einige Zahlstellen waren nicht erschienen. In den Mitgliederversammlungen müssen die Delegierten den Kollegen von der Ausschüßung Bericht erstatten, und die Mitglieder müssen Aufklärung verlangen, warum ihre gewählten Vertreter die Konkurrenz ge-schwächt haben. Es muß hier eine bessere Pflichten-Erfüllung ein-treten, da sonst ein gemeinsames Arbeiten der so weitverzweigt-legenden Zahlstellen nicht möglich ist. In der Zukunft werden die nicht erschienenen Zahlstellen im Verbandsorgan veröffent-licht. — Kollege Widus erstattete den Jahresbericht und machte dazu einige aufklärende Ausführungen. Die Baukonjunktur war durchweg nicht günstig. Im Herbst flaute sie deart ab, daß mehrere Kollegen einen anderen Beruf ergreifen mußten. Im Bonn und Woroten wurden nur 173 Neu- bzw. Umbauten gemeldet. In Godesberg gestaltete das Hochlegen der Bahn und das neue Bahnhofsgebäude die Bautätigkeit günstig. Doch die Arbeit ausführende Firma Düren verwannte fast nur italienische Leute. Die Einheimischen wurden in großer Anzahl entlassen. Durch eine öffentliche Erklärung der Organisations-sitzung in der „Deutschen Reichszeitung“ und „Königlichen Volkszeitung“ trat erst eine Aenderung ein, und wurden die Ein-heimischen wieder eingestellt. — Die Mitgliederzahl bewegte sich in den einzelnen Quartalen wie folgt: viertes Quartal 1906: 129, erstes Quartal 1907: 251, zweites Quartal 1907: 299, drittes Quartal 1907: 256, viertes Quartal 1907: 230. Den Höhepunkt erreichte die Mitgliederzahl im zweiten Quartal. Aufgenommen wurden insgesamt 246 Kollegen. Der Wechsel im Mitgliederstand ist also ziemlich groß und muß daher mehr Gewicht auf die einmal gewonnenen Mitglieder gelegt werden. Neu-gegründet wurden die Zahlstellen Reffemich und Schwarz-Mein-

dorf. — Der innere Ausbau hat auch Fortschritte gemacht. Die Geschäftsführung bei den Versammlungen wird etwas mehr parlamentarisch gehandhabt; doch muß es noch besser werden. Vor jeder Mitgliederversammlung muß stets eine Vorstandszusammenkunft abgehalten werden, in der die Tagesordnung ernstlich beraten wird, um die Versammlungen durch aktuelle Fragen interessant zu gestalten. Dadurch werden die Klagen über den schlechten Versammlungsbesuch verstimmt. Versammlungen wurden 103 abgehalten, von denen Kollege Widus 63 be-suchte. Delegiertenitzungen fanden 7, Vorstandssitzungen 4, und 3 Kommissionssitzungen mit dem Arbeitgeberverbande statt. Es gingen ein: Briefe 23, Postkarten 63, Pakete 11. Aus gingen: 16 Briefe, 115 Postkarten, 6 Pakete und 20 Druckfachen. — Die Lohnbewegung der Maurer und Hilfsarbeiter führte auf dem Verhandlungswege zum Tarifabschluß. Der Lohn wurde um drei resp. vier Pfennige erhöht. — Die Rassenverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: Einnahme der Zentralkasse 3879,87 M., Ausgabe für dieselbe: für Rechtschutz 15,10 M., für Krankenunterstützung 40,50 M., für Genesungsunterstützung 4,80 M., für Sterbeunterstützung 95,20 M., insgesamt 155,60 M. Einnahme der Lokalkasse 1278,61 M., Ausgabe 951,48 M., mithin Bestand 327,13 M. Viele sind noch mit ihren Extramarken zurück. In ihrem eigenen Interesse sind dieselben nochmals ermahnt, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Auffällig ist, daß viele Arbeitslosenmarken geflohen sind. Die Zahlstellen-kassierer müssen daher genau kontrollieren, daß kein Mißbrauch getrieben wird. — Das Verhältnis zu den sozialdemokratisch Organisierten ist ein gespanntes gewesen. Ihre Mitgliederzahl ist unbedeutend. Die paar, die vorhanden sind, sind von ihren Führern aus Köln und Düsseldorf ganz und gar verfehzt. Die drei bis vier Pfennige Lohnhöhung verachten die Genossen Mutz und Ahrens als Verrat an den Arbeiterinteressen hinzustellen. Es ist ja nichts so dumm, es findet kein Publikum. Statt die Leute aufzuklären, daß sie nun auch dafür einzutreten müßten, den erhöhten Lohn durchzuführen, wurden die Leute mit Flugblättern und Versammlungen bis hinauf nach Hannebel verfehzt. Nachdem die Genossen einsehen, daß ihre Heerei ein Schlag ins Wasser war, haben sie die Geschäftsführung etwas eingedämmt. Die jetzige Lohnbewegung konnte daher gemeinsam eingeleitet werden. Das Jahr 1907 ist für uns ein Jahr des Fortschritts gewesen, sowohl in wirtschaftlicher Beziehung, als auch in der Erklarung der Organisation. — Nachdem der Jahresbericht gegeben, erhielt Bezirksleiter Kollege Lange das Wort zum Bericht über die Verhandlungen des Tarifabschlusses in Essen. Es wurde die weitere Stellungnahme der Kommission überlassen. Sodann wurde das wichtigste über die Rassenführung und Abrechnung Margelegt und den Kassierern besonders ans Herz gelegt die Pünktlichkeit sowohl in der Führung der Bücher, als auch der Rechnungen zu üben. Es wurde noch beschloffen, die Bibliothek um einige wichtige Bücher zu ergänzen. Dann wurde die interessante Verwaltungsstellenitzung geschlossen.

**Bezirk Königsberg.**

In Heilsberg war die monatliche Mitgliederversammlung von etwa 70 Kollegen besucht. Der Kassierer gab den Jahresbericht. Verkauft wurden 186 Beitragsmarken zu 25 Pf., 108 zu 30 Pf., 1932 zu 40 Pf., 71 Eintrittsmarken zu 50 Pf., Arbeitslosenmarken zu 25 Pf., 28, und 124 Extramarken. Insgesamt 943,80 M. Davon wurden an die Hauptkasse gesandt 764,50 M., für Maßregelungsunterstützung 50,50 M. Der Lokalkassenbestand beträgt 56,90 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Namen derjenigen Kollegen, welche ihre Extrabeiträge nicht bezahlt haben, wurden bekanntgegeben und dieselben ermahnt, das Veräumte baldmöglichst nachzuholen. Kollege Schönknecht referierte über das Thema „Ist die Organisation in der Lage die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter zu verbessern?“ An der Hand reichen Materials zeigte er, welche großen Erfolge hier auf diesem Gebiet die Organisationen erreicht haben. Hierauf erfolgte die Wahl der Lohnkommission. Die Mitgliederzahl beträgt zurzeit über 100. — In Bischofsheim tagte die erste Generalversammlung. Der Kassierer gab den Jahresbericht. Es wurde auf die Paktstarrigkeit der Unternehmer hingewiesen und die Kollegen ermahnt, eifrig zu arbeiten. Dann werden auch uns die Unternehmer anerkennen müssen.

**Lehhausen.**

Unsere im Juni vorigen Jahres gegründete Zahlstelle macht immer weitere Fortschritte, wie wir aus dem Tätigkeitsbericht unseres Vorsitzenden in der Generalversammlung entnehmen konnten. Der Rassenbericht wies eine musterhafte Ordnung auf und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl mittels Stimmzettel ergab folgendes Resultat: Wieder-gewählt als Vorsitzender wurde Peter Jakob, als Kassierer Anton Kirmeir, neugewählt wurde als Schriftführer Max Kaufmann, als Revisoren Wilhelm Rehm und Mathäus Schiepler. Bei Punkt Verchiedenes wurden noch einige lokale Verhältnisse ge-regelt, sowie der Zusammenschluß der einzelnen Zahlstellen in eine Verwaltungsstelle besprochen und beschloffen, bei nächster Anwesenheit unseres Bezirksvorsitzenden die Sache endgültig zu regeln. Nachdem noch der Vorsitzende darauf hinwies, stets eifrig und unermüdet an der Agitation, wo es nur immer möglich ist, mitzuarbeiten, und mit dem Wunsche, unsere Zahlstelle möge stets vorwärtsstreiten, schloß hierauf der Vorsitzende die schon verlaufene Generalversammlung.

**München.**

Auf der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung stand: 1. Vorstands- und Rassenbericht, 2. Behandlung der gestellten Anträge, 3. Neuwahl des Vorstandes. Der erste Vorsitzende Kollege Gutzjahr behandelte zunächst die für unsere Organisation wichtigsten Ereignisse des Jahres 1907. Die Konjunktur hat sich gegenüber den Vorjahren gehoben, somit war der Beschäftigungsgrad ein allgemein befriedigender. Von wirtschaftlichen Kämpfen waren wir infolge des bestehenden Tarifvertrages verschont. Um so schärfer war aber der Kampf um die Erhaltung unserer Existenz. Im vergangenen Jahre setzten die „Genossen“ ihre nichts weniger als „frei-willigen“ Waffen gegen unsere Kollegen in Bewegung. Keine Wunde verging, wo nicht Kollegen unsererseits von den ruten „Freiheitsbrüdern“ gezwungen wurden, entweder arbeitslos zu werden oder überzutreten. Nicht weniger als sechs Genossen, die recht eigenartige „freiwillige“ Begriffe gegenüber unseren Kollegen an den Tag legten, mußten dem Staatsanwalt ange-zeigt werden, deren Bestrafung auch erfolgte. Dies war ein wesentlicher Hemmschuh an der Ausbreitung unseres Verbandes. Dazu kommt noch, daß unsere Kollegen in der Halbmillionen-stadt einzeln zerstreut sind, und sich so die Einfassierung und das Erhalten manchmal ziemlich schwierig gestaltete. Aber trotz dieser Hindernisse ist es vorwärts gegangen, der Mitgliederstand beträgt am Schlusse des Jahres 252. Aufgenommen wurden 220. Ausgetreten sind 186, davon 80 wegen sozialdemokratischen Terrorismus. Wollen wir vorwärts kommen und der starken Fluktuation Einhalt gebieten, so müssen wir das Veritauens-männer- und Baudelegiertenwesen besser ausbauen, als dies bisher der Fall war. Der Versammlungsbesuch ließ manchmal zu wünschen übrig; das Bedürfnis nach Schulung und geistiger Bildung ist manchen Kollegen noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen. Der Arbeitsnachweis hat sich im vergangenen Jahre bewährt. Stellengesuche waren 188 Maurer, 95 Bauhilfsarbeiter und 26 Zimmerer, Stellenangebote 244 Maurer, 207 Bauhilfsarbeiter und 61 Zimmerer, Stellen-besetzungen 133 Maurer, 73 Bauhilfsarbeiter und 15 Zim-merer zu verzeichnen. Nach dem gegebenen Rückblick gab er noch einen kurzen Ausblick und freute die Tarifbewegung, die ernste Formen anzunehmen drohe. Hier heiße es: Einigkeit und Ausdauer. Reicher Beifall lohnten seine Ausführungen. Der Kassierer, Kollege Stegmüller, gab sodann den Rassenbericht. Der Rassenumsatz ist folgender: 136 Eintrittsmarken; Beitrags-marken: 202 zu 30, 960 zu 35, 67 zu 40, 2615 zu 45, 70 zu 50,

3774 zu 55, 220 zu 60 Pf.; Extrabeitragsmarken: 831; Lokal-fondsmarken: 1517 zu 10, 440 zu 20 Pf.; Arbeitslosenmarken: 232. Die Gesamteinnahmen betragen 5925,98 M. Davon ge-hören der Hauptkasse 3488,26 M.; davon wurden für Straf-unterstützung 14 M., für Genesungsunterstützung 25,80 M., für Krankenunterstützung 90,05 M., für Sterbeunterstützung 124 M., für Rechtschutz und Agitation 130,10 M. veranlagt. An die Hauptkasse wurden 3104,31 M. gesandt. An die Bezirkskasse wurden 414,85 M. abgeliefert. Hieran wurde dem Kassierer seitens der Revisoren Entlastung erteilt. Bei der sich daranschließenden Diskussion betonte u. a. Kollege Rechner, daß in Zukunft unser Ziel sein müsse, neben der äußeren Ausbreitung auch stabilere Rassenverhältnisse zu be-kommen. Es sei deshalb eine Reform der Wochenbeiträge un-umgänglich notwendig. Sodann sprach er der Vorstandschaf den Dank für ihre Mithewaltung aus. Die gestellten Anträge wurden dem Vorstand zur Würdigung überwiesen. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Gutzjahr, erster, Kerling, zweiter Vorsitzender; Stegmüller, Verwaltungsstellen-kassierer; Bangerl, Zahlstellenkassierer; Maier, erster, Höfing, zweiter Schriftführer. Als Revisoren: Neumeier, Pirsch und Seuffert; als Kartelldelegierte: Babinger und Stegmüller. Nach einem kurzen Schlußreferat des Kollegen Brückner, die Zeichen der Zeit zu beachten und trotz mancher drohenden Gefahr nicht zu wanken und unermüdet unserem Ziele zuzusteuern, sowie einem Appell an die Mitglieder, wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

**Bezirk Münster.**

In Cloppenburg beschloffen die Kollegen, eine Eingabe an die Meister zu richten, wonach die Arbeitszeit 10 Stunden bei 42 Pf. Lohn für Maurer und 40 Pf. für Zimmerer betragen soll. — In Gosemar fand die General-versammlung mit Vorstandswahl statt. Kollege Artmann (Borg-horst) referierte über Zweck und Nutzen der Organisation. — In Jöbberbüren tagte ebenfalls die Generalversammlung. Die Einnahmen des 4. Quartals betragen 115,69 M. Der Lokal-kassenbestand beträgt 75,30 M. Mitgeteilt wurde, daß das Kartell eine Bibliothek angekauft hat und wurde deren Benutzung den Kollegen „igst empfohlen.

**Bezirk Nürnberg.**

In Nabburg wurde eine Zahlstelle der Steinarbeiter seitens unseres Verbandes gegründet. Dieselbe zählt heute 21 Mitglieder. — In Weiden konstituierte der Jahresbericht eine Gesamteinnahme von 1285,25 M. Die Ver-waltungsstelle ging um fünf Mitglieder zurück. Die Kollegen motivierten ihren Austritt damit, weil im vorigen Jahre keine Lohnforderung aufgeleitet worden sei, obwohl sie genau das Versprechen der Unternehmer kennen. — In Amberg, Neu-markt i. Oberpf., Stadtschwarzach und Weiden fanden eben-falls die Generalversammlungen statt. Der Amberger Jahres-bericht berichtete von einem erfreulichen finanziellen Fortschritt. In Neumarkt referierte Kollege Bödler (Nürnberg) über Organi-sationsfragen. Die Kollegen beschloffen, sich dem kathol. Arbeiter-verein anzuschließen. — In Waibach stieg die Mitgliederzahl von 12 auf 27. Die Kollegen hatten einen scharfen Kampf um ihr Koalitionsrecht auszuföhren. Der bestehende Tarif läuft am 1. April ab und ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß es zu ernsteren Verwicklungen kommt.

**Oberforstbach.**

Am Sonntag, den 8. März, hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Kollege Zimmermann sprach über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften. Er betonte, daß die Gewerkschaften Ständesorganisationen seien, dazu bestimmt, die materiellen und kulturellen Interessen des Arbeiterstandes wahrzunehmen. Ihre Existenzberechtigung werde heute von keinem vernünftigen Menschen mehr bestritten. Er wies darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften in erster Linie dahin streben, die materielle Lage des Arbeiterstandes zu heben. Sie treten ein für einen auskömmlichen Lohn zu einer anständigen Lebenshaltung. Ferner seien sie eifrig bestrebt, das Ständes-bewußtsein und die Selbstachtung unter dem Arbeiterstand zu heben, und diesem Stände Einfluß und Achtung innerhalb der anderen Stände zu verschaffen. Diese Achtung dürfe jedoch nicht nur in Kundgebungen, Sympathiebewegungen oder Abes-werbungen bestehen, sondern in der Gewährung der Freiheit, welche die anderen Stände auch für sich in Anspruch nehmen. Durch streife er kurz die gelben „Gewerkschaften“, welche von den Unternehmern aus wärmste empfohlen werden. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, daß sie alle den statutarischen Beitrag leisten müssen, die Maurer 55 Pf., die Bauhilfsarbeiter 45 Pf. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß sämtliche Kollegen dieser Aufforderung schon nachgekommen seien, und sprach den Wunsch aus, daß auch ein jeder Kollege an dem Ausbau der Organi-sation mitzuarbeiten habe zum Wohle des ganzen Arbeiter-standes.

**Bezirk Oberhausen.**

In Gladbeck erstattete der Kollege Nieß auf der diesjährigen Generalversammlung den Jahres-bericht. Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 604, im 2. 916, im 3. 801 und im 4. 580 Mitglieder; im Durchschnitt 725. Aufgenommen wurden 845, aus anderen Verbänden traten über 26 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 14155,63 M.; die Ausgaben der Zentralkasse betragen 969,57 M., eingekandt wurden 9180,73 M.; die Einnahme der Verwaltungsstelle betrug 4634,23 M., der eine Ausgabe von 3912,07 M. gegenübersteht, mithin bleibt ein Bestand von 772,16 M. Einige Zahlstellen, welche mit ihren Extrabeiträgen noch im Rückstande sind, wurden bekanntgegeben. Klage wurde geführt über die abtreibenden Kollegen, welche es so wenig ernst mit ihrer Pflicht nehmen und sich weder abmelden, noch ihre Winterbeiträge zahlen. Ver-sammlungen wurden 13 öffentliche und 290 Mitgliederversammlungen abgehalten. Der Beamte nahm an 13 öffentlichen und 148 Mitgliederversammlungen teil, ferner an 22 Sitzungen und 4 Besprechungen, wurde 18 mal vorstellig und hatte 14 Ver-tretungen am Gewerbegericht. 68 Klageschriften wurden an-gefertigt. Postfachen gingen 274 ein und 418 aus. Das Bei-tragswesen wurde neu geregelt, da Zahlstellen vorhanden waren, welche 10—15 Pf. zu wenig zahlten. Zahlstellen wurden ge-gründet in Gladbeck (Stukkateure), Bocholt (Stukkateure), Vultur, Rhade und Schermede. Am 1. Januar ist die Zahlstelle Forst der Verwaltungsstelle betreten, so daß dieselbe heute 18 Zahl-stellen zählt. Die Fortschritte sind gut zu nennen, besonders in einigen Orten, z. B. in Bocholt, wo die Mitgliederzahl auf über 200 stieg. Lohnbewegungen fanden außer in Bocholt keine statt. Die nächsten Aufgaben müssen bessere Regelung der Rassenführung in den einzelnen Orten, sowie Beseitigung der Fluktuation sein. Ebenso soll der Arbeitsnachweis ausgebaut werden. Der Zentralvorstand soll erucht werden, ein hollän-disches Statut herauszugeben, da wir hier viel mit holländischen Kollegen zu rechnen haben. Zur Regelung und Durchführung des Bauarbeiter-schutzes soll eine Kommission für das ganze Gebiet bestimmt werden. — In Ruhrort fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Die Gesamteinnahme betrug 1620,30 Mark. Die Fortschritte sind im Allgemeinen gut, die Kollegen beteiligen sich eifrig am Unterrichtskursus. — In Haven beträgt die Mitgliederzahl 97. Der Rassenbericht zeigt eine Entwick-lung nach oben.

**Düsseldorf.**

In unserer Generalversammlung erstattete der Kassierer den Jahresbericht, welcher als ziemlich befriedigend bezeichnet werden kann. Einige Kollegen stehen mit ihren Ver-pflichtungen noch im Rückstand. In dem Jahre des Bestehens der Zahlstelle gelang es, die Arbeitsverhältnisse vertraglich zu regeln. Die Arbeitszeit wurde auf 10 1/2 Stunden und die Löhne für Maurer auf 42 und für Bauhilfsarbeiter auf 35 Pf. fest-gesetzt. Der Lohn erhöht sich im zweiten Vertragsjahre um je 3 Pf. Kollege Janz-Dagen referierte über Ziele und Zwecke

